

Vom Geld und anderen Gemeingütern

Pat Christ



Von diesem Wasser in Barcelonas Zentrum dürfen alle trinken.
Foto: Pat Christ

„Gemeingut in BürgerInnenhand“ nennt sich ein Verein, der für die Bewahrung und Demokratisierung aller öffentlichen Institutionen und für die gesellschaftliche Verfügung über die naturgegebenen Gemeingüter eintritt. Wasser, Bildung, Mobilität, Energie und vieles andere sollen wieder demokratisch kontrolliert werden. Das erste Projekt 2011 war die Kampagne „Wollt-ihr-wissen“ zum Wasser-Volksentscheid in Berlin. Dabei ging es um die Offenlegung von PPP-Geheimverträgen.

Zahlreiche GiB-AktivistInnen bekämpfen vor Ort in ihren Städten und Gemeinden Privatisierungsbestrebungen. Hierzu gehören attac-Gruppen, lokale Zusammenschlüsse gegen Public Private Partnership (PPP) und gegen die Bahnprivatisierung, sowie lokale Antiprivatisierungsbündnisse. Der Verein selbst ist organisatorisch und politisch unabhängig.

Ein großer Teil der Arbeit erfolgt aus Gemeinschaftsgeist heraus, wird also ehrenamtlich erledigt. Aus Spendengeldern und Beiträgen von Fördermitgliedern werden aber auch einige Hauptamtliche in Teilzeit beschäftigt, wird ein Büro organisiert und werden Druckkosten be-

stritten. Seit Januar 2011 hat GiB eine feste Anlaufstelle in Berlin.

„Der Staat muss Grenzen setzen“



Die eigenen ökonomischen Bedingungen gemeinsam mit anderen selbst zu gestalten, das ist ein wichtiges Ziel der Bewegung. Dazu führt PPP-Kritiker Anton Hofreiter gegenüber der **HUMANEN WIRTSCHAFT** aus:

„Eine Bewirtschaftung von Gemeingütern darf nur so erfolgen, dass auch künftige Generationen diese gleichermaßen bewirtschaften können.“ Entsprechende konkrete Ziele könne nur der Staat in Zusammenarbeit mit den Bürgern formulieren. „Außerdem muss der Staat entsprechende Grenzen setzen und kontrollieren“, so der Appell des Bundestagsabgeordneten und Verkehrspolitischen Sprechers von Bündnis 90/Die Grünen.

Wird verkäuflich, was allen gehören soll, verschärft sich die soziale Ungerechtigkeit, werden Natur und Umwelt gefährdet und volkswirtschaftliche Einbußen riskiert. Gemeingüter in öffentlicher Hand oder in bürgerlicher Selbstverwaltung sind Hofreiter zufolge darum schlichtweg eine Frage der Nachhaltigkeit.

Dem Geist und dem Geschick früherer Generationen ist in vielerlei Hinsicht zu verdanken, was wir heute haben. „Sie haben öffentliche und private Mittel, Ideen und Arbeitskraft für den Aufbau und die Weiterentwicklung öffentlicher Institutionen aufgebracht“, heißt es in den Grundsätzen des Vereins.

Nicht wenige dieser Einrichtungen und Latifundien mussten den Besitzenden „in gesellschaftlichen Kämpfen abgetrotzt“ werden. Dies im Blick, müsse es Aufgabe jeder Generation sein, die Güter und Dienste verantwortlich weiterzuentwickeln und an nachfolgende Generationen in einem guten, wenn nicht sogar besseren Zustand zu übergeben.



Neben der Deutschen Bank und den meisten Privatbanken sind laut GiB alle deutschen Landesbanken und Sparkassen in die PPP-Politik verwickelt. – Foto: Pat Christ

„Die Bürger wollen das nicht“



Auf die Politik kann man in puncto PPP-Abwehr kaum hoffen. „Die Politiker, die bisher im Einverständnis mit den Banken und Investoren gehandelt haben, sind allermeist nicht lernfähig – zumindest bisher“, äußerte Werner Rügemer 2011 in einem Telepolis-Interview. Es sei notwendig, sie durch Bürgerbewegungen zu zwingen. Rügemer: „Die Mehrheit der Bürger will Stadtwerke, Verkehrs- und Wohnungsgesellschaften als öffentliches Eigentum.“ Was GiB-Mitgründerin Laura Valentukeviciute mit Verweis auf eine Forsa-Umfrage bestätigt. Demnach wollen 79 Prozent der Bürger keine weiteren Privatisierungen.

Gleichwohl vereinbarten etwa die regierenden Koalitionspartner aus CSU und FDP in Bayern, Public-Private-Partnership-Modelle als „ein Instrument der Verkehrsfinanzierung“ zu berücksichtigen. Bereits 2002 wurde PPP in die Koa-

litionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen aufgenommen.



In Rathäusern werden nicht nur PPP-Projekte beschlossen. Nicht wenige Rathäuser von Gemeinden mit klammen Finanzen sind inzwischen selbst als PPP-Projekt geplant, gebaut und finanziert. – Foto: Pat Christ

Verschuldete Nationen wie Griechenland sind durch die mit Privatisierung einhergehenden Sparauflagen von EU, EZB und IWF von der Thematik betroffen – fatalerweise. „Insbesondere die Privatisierung öffentlicher Güter, darunter der Wasserwirtschaft, wird die Erholung der griechischen Wirtschaft nicht fördern“, ist GiB-Gründungspate Markus Henn überzeugt.

Auffällig ist die häufige Laschheit der kommunalen Verwaltungen bei Kontrollen im Vorfeld eines Privatisierungsprojekts. Auch Geheimverträge sind an der Tagesordnung. Was die öffentliche Kontrolle aushebelt, so GiB-Aktivist Professor Jürgen Schutte: „Steuerzahlende sind über Jahrzehnte hin machtlos, sobald ihre VertreterInnen in Bund, Ländern oder Kommunen unterschrieben haben. Denn PPP-Verträge sind geheim und können über die Laufzeit von zu meist 30 Jahren nicht verändert werden. Damit bleibt uns allen die demokratische Kontrolle der öffentlichen Einrichtungen und die Mitbestimmung über die öffentliche Daseinsvorsorge verwehrt.“

Ein Geld mit Gemeinwohlaufgaben

Inwieweit nun ist das Geld mit seinem unheilvollen Mechanismus von Zins und Zinseszins im Blick von Gemein-

gut-AktivistInnen? „Man kann darüber nachdenken, ob der Zins ein Bruch der Gemeinwohlverpflichtung ist“, äußert Markus Henn gegenüber der **HUMANEN WIRTSCHAFT**. Seinen Informationen zufolge fasste Attac auch kürzlich einen Beschluss, dass Geld stärker als Gemeingut betrachtet werden soll: „Wobei bisher noch offen ist, was das für Attac genau heißt.“ Sinnvoll sei es auf jeden Fall, über Gemeinwohlaufgaben und sozialökonomische Standards des Geldes nachzudenken.

Denn wer reich ist, scheint heute in gewissem Umfang Narrenfreiheit zu genießen. Henn: „Ich bin immer wieder erstaunt, was in unserer Gesellschaft möglich ist.“ So seien Finanzmärkte imstande, sich von Regeln loszusagen: „Siehe die Umsatzsteuerbefreiung für Bankgeschäfte. Überhaupt ist die Besteuerung des Finanzsektors extrem abgebaut worden.“ Neben der prinzipiellen Reichtumsfreundlichkeit, die es nach Henns Ansicht ohne Zweifel in der Gesellschaft gibt, schein dahinter die Idee auf, dass Geld aus „reichen Quellen“ etwas Besonderes sei, das auch besonderer Befreiungen bedürfe.

Männer mit Koffern voll Geld

Privatisierung und Reprivatisierung öffentlicher Güter breiten sich immer stärker aus, weil die (falsche) Überzeugung wächst, dass der Markt prinzipiell effizienter sei als der Staat. „Es scheint heute nahezu ein Gesetz zu sein, dass Geld für Investitionen in einer Kommune oder einem Land nur von Privaten kommen kann“, so Henn.

Doch früher ging es doch auch ohne Menschen, die mit einem Koffer voll Geld in die Kommune kamen, um dort zu investieren. Henn: „Lange Zeit war es üblich, städtische Wasserwerke aus städtischen Budgets zu zahlen.“ Warum das einst ging und heute angeblich gar nicht mehr möglich ist, darüber werde nicht debattiert. Im Gegenteil: PPP wird noch immer kritiklos angepriesen.

„Dabei ist PPP ein Modell, um die Bürger zu schröpfen und ihnen ihr Gemeingut wegzunehmen“, betonen PPP-Gegner. Im Oktober 2012 demonstrierten sie im Vorfeld einer Anhörung im Bundestag zum Thema PPP. Aktuell schlägt der Protest gegen Privatisierungstendenzen bei der Was-

serversorgung in Europa Wellen. Im Januar stimmte der Binnenmarktausschuss in Brüssel dem Entwurf einer neuen Richtlinie zu, die vorsieht, dass Kommunen, die ihre Trinkwasserversorgung bereits teilprivatisiert haben oder privatisieren wollen, das europaweit ausschreiben müssen.

Nur einer füllt sich bei PPP letztlich die Taschen: Das ist der private Investor. Der öffentliche Auftraggeber hat kaum Vorteile. Er finanziert die Investitionen zwar nicht durch einen Bankkredit, allerdings durch Verzicht auf Einnahmen. Am Ende muss er nicht nur die höheren Zinskosten eines privaten Betreibers, sondern auch dessen Gewinn bezahlen.

„Einschneidende Reform nötig“

Allein mit klassischen Gemeingütern wären die Volkswirtschaften jedoch nicht stabil. Es bedarf gleichermaßen einer Reform des Geldsystems hin zu einer gerechten und stabilen Währung als Basis einer fairen und solidarischen Wirtschaftsordnung. So betont auch Anton Hofreiter zur Frage einer Geldreform gegenüber unserer Zeitschrift: „Unter den heutigen Bedingungen halte ich einschneidende Reformen für notwendig. Wenn beispielsweise die Wertschöpfung in vielen Industrieländern gar nicht so stark auf der Industrie beruht, sondern in der Finanzbranche generiert wird, liegt der Handlungsbedarf auf der Hand.“

Gegen den Tanz ums Goldene Kalb, wie er heute auf internationaler Bühne zelebriert wird, spricht sich auch GiB-Sprecherin Laura Valentukeviciute der **HUMANEN WIRTSCHAFT** gegenüber aus. „Geld ist eine öffentliche Dienstleistung, an deren Privatisierung man sich schon zu lange gewöhnt hat“, so die Aktivistin, die auch der attac AG Privatisierung angehört. Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise wäre in ihren Augen eine gute Gelegenheit gewesen, dem privaten Finanzsektor „diese für die Volkswirtschaft unverzichtbaren Aufgaben wieder zu entziehen und sie demokratischer Kontrolle zu unterwerfen“.

Große Schnittmengen

Schaltet sich der Staat heute in das Finanzgeschäft ein, werden die Bürger übervorteilt, so Valentukeviciute: „Im

Fall von Commerzbank oder HRE zum Beispiel hat die Verstaatlichung nur dazu gedient, dass die Ausfälle vergesellschaftet werden.“ Öffentliche Kontrolle sollte im Geldwesen nicht nur notwendig, sondern auch selbstverständlich sein: „Denn das Geld ist im Grunde nichts anderes als das Äquivalent der Wertschöpfung in unserer Gesellschaft.“

VertreterInnen der **HUMANEN WIRTSCHAFT** appellieren stets, sich nicht zu verkapseln, andere Bewegungen in den Blick zu nehmen und Brücken zu schlagen. GiB ist so eine Bewegung, die große Schnittmengen zu den Themen, Zielen und Idealen der BefürworterInnen einer humanen Wirtschaft mit fließendem Geld aufweist. Geht es doch der **HUMANEN WIRTSCHAFT** ebenso wie GiB letztlich um ein zentrales Thema: Die Rechte und Freiheiten des Menschen. Valentukeviciute: „Auch wir setzen Gemeingüter im wei-

testen Sinne mit den Menschenrechten gleich.“

Gleichzeitig wendet sich GiB gegen jeden Wachstumsfetischismus. Valentukeviciute: „Gemeingüterwirtschaft ist für uns die Art und Weise des Wirtschaftens, bei der im Mittelpunkt nicht Wettbewerb, Effizienz und Gewinnmaximierung stehen.“

GiB-AktivistInnen sind aufgeschlossen für ein weites Feld an unterschiedlichen Themen. „Gemeingüter dehnen sich über weite Bereiche der menschlichen Existenz aus“, so Valentukeviciute. Sie umfassten auch die Rentenversicherung, die Luft oder die Biodiversität. Ihnen komme die elementare Funktion in der Gesellschaft zu, Lebensrisiken wie Krankheit, Zeiten ohne Einkommen, Pflegebedürftigkeit im Alter weitgehend gleichmäßig unter allen NutzerInnen zu verteilen.



G.i.B. im Internet:

Website: <http://blog.gemeingut.org>



Facebook: <http://www.facebook.com/gemeingut>

Archiv für Geld- und Bodenreform

Sondersammlung in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität

Uhlhornsweg 49-55, 26129 Oldenburg
Raum B 232 im Saal 6 auf der Ebene 2



Kontakt:

Werner Onken, Dipl.-Ökonom
Salbeistr. 27, 26129 Oldenburg
Fon: 0441 – 36 111 797
eMail: onken@sozialoekonomie.info
Web: www.sozialoekonomie.info

